

## **Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsvorstand Bergstraße**

Pressemitteilung

Bensheim, 22. Juni 2006

### **„Wir dürfen Kinder und Studierende nicht im Stich lassen!“ / DGB Bensheim warnt vor Verfassungsbruch durch Studiengebühren/ Busse von Bensheim zur Demo am 28. Juni**

„Noch gilt die Hessische Verfassung, die unentgeltlichen Unterricht in allen öffentlichen Schulen und Hochschulen im Artikel 59 ausdrücklich garantieren soll“. Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Bensheim lehnt daher die Erhebung von 1000 Euro jährlich und mehr an hessischen Hochschulen entschieden ab. „Die schon jetzt hohen Hürden gerade für Kinder aus Arbeiterfamilien würden so nahezu unüberwindbar“, so der Vorsitzende Jürgen Jojade und erinnert daran: „Noch 2003 hat die CDU hoch und heilig versprochen, keine allgemeinen Studiengebühren anzustreben.“

Die CDU-Landesregierung ignoriere nicht nur die Verfassung, sondern auch die beschämende Bilanz der PISA-Studie, wonach in kaum einem anderen Land die Bildungschancen in so hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängen.

Die Gewerkschaft weist darauf hin, dass Deutschland im Vergleich mit anderen Industrieländern ohnehin viel zu wenige Akademiker ausbildet. Denn bereits jetzt kostet Studieren eine Menge Geld: Arbeitsmittel, Bücher, Semesterticket, hohe Mieten usw. Viele Studierenden sind gezwungen zu jobben und können sich somit nicht auf ihren eigentlichen „Beruf“ konzentrieren. Oder sie müssen sich verschulden.

Für den DGB Bensheim sind Studiengebühren ein weiterer Schritt im allgemeinen Ausverkauf von Bildung und Sozialstaat in Hessen. Während immer weniger junge Leute sich ein Studium leisten können, klagt das CDU-Kultusministerium über Lehrermangel. Dafür bietet sie Studierenden, Rentnern und Arbeitslosen an, auch ohne pädagogische Qualifikation, sich als Billigkräfte in den Schulen zu verdingen. „Sie sollen für wenig Geld als Vertretungskräfte auf Abruf die Lücken füllen, die die verfehlte Einstellungspolitik des Kultusministeriums aufgerissen hat“, erklärt die GEW-Vertreterin im Ortsvorstand, Eva Petermann. Dieses abenteuerliche Vorhaben auch noch als „verlässliche Schule“ oder „Unterrichtsgarantie Plus“ zu bezeichnen, findet sie „nahezu grotesk“.

In den Schulen fehlen Lehrer, an den Hochschulen die Professoren. Gleichzeitig stelle die CDU-Landesregierung freigiebig Geld zur Verfügung, um Unternehmer von Sozialabgaben für ihre

Beschäftigten zu entlasten, adligen Schlossbesitzern in Erbach unter die Arme zu greifen oder den Reichen Steuern zu erlassen. Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer brächte nach Berechnungen des DGB mehr als 2,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Damit könnte die gesamte Bildung tatsächlich unentgeltlich sein, von der Kindertagesstätte über die Schule bis zur Hochschule.

Der DGB-Ortsvorstand Bensheim solidarisiert sich ausdrücklich mit den Forderungen der Studierenden und der Bildungsgewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). „Wir dürfen Kinder und Studierende bei ihrem legitimen Protest nicht im Stich lassen“, erklärt DGB-Vorsitzender Jojade.

Am kommenden Mittwoch fahren Busse der GEW von Bensheim nach Wiesbaden zum zentralen Aktionstag für Gebührenfreiheit an Schulen und Hochschulen, für Kontinuität und Qualität beim Lehrpersonal, für ungekürzten Unterricht an Schulen und Hochschulen, für das Recht auf Bildung. „Unser Land braucht dringend Lehrerinnen und Lehrer, Professorinnen und Professoren mit Professionalität und hoher Qualifikation.“

Abfahrt der Busse: 14.30 Uhr, Westhaltestelle an der Geschwister-Scholl-Schule (Taunusstraße) Bensheim.